Energiepolitik aus internationaler Sicht

Autor(en): **Steeg, Helga**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **83 (1992)**

Heft 20

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-902883

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Energiepolitik aus internationaler Sicht

Helga Steeg

Im Mittelpunkt der Ausführungen der IEA-Exekutivdirektorin anlässlich des Gastreferates an der VSE-Generalversammlung standen die gegenwärtigen Herausforderungen an die internationale Energiepolitik. Dabei ging sie schwerpunktmässig insbesondere auf den Elektrizitätsbereich ein, der in besonderem Masse ein Schlüsselbereich der Energiewirtschaft ist und der ja auch in der Schweiz in der jüngsten Vergangenheit im Brennpunkt der energiepolitischen Interessen und Entscheidungen gestanden hat und weiterhin steht.

Adresse der Autorin
Helga Steeg, IEA-Exekutivdirektorin,
Internationale Energieagentur IEA,
2, rue André-Pascal,
F-75775 Paris Cedex 16.

Schwerpunkte der Tätigkeit der IEA

Die IEA ist 1974 gegründet worden als gemeinsame Antwort der westlichen Industrieländer auf den weltwirtschaftlichen Schock der 1. Ölpreiskrise. Mit den Beitritten Finnlands und Frankreichs, die 1992 rechtswirksam wurden, umfasst die IEA 23 Mitgliedsländer im europäischen, nordamerikanischen und pazifischen Raum und zählt bis auf Island alle OECD-Staaten zu ihren Mitgliedern.

Der ursprüngliche Gründungsauftrag der IEA war die Sicherung der Ölversorgung der IEA-Mitgliedsstaaten und die Reduzierung ihrer Abhängigkeit von Ölimporten. Das entscheidende Motiv der Gründung dieser neuen Organisation war die politische Einsicht, dass die Mitgliedsstaaten nur gemeinsam in der Lage sein würden, die wirtschaftlichen und politischen Risiken der Energieversorgung einzudämmen – ein Grundsatz, der heute unverändert weitergilt und angesichts der neuen Herausforderungen an die internationale Energiepolitik noch zusätzliche Aktualität gewonnen hat.

Es ist richtig, dass bei Gründung der IEA 1974 die Schaffung eines detaillierten Krisenmechanismus im Ölbereich im Zentrum der Überlegungen stand; mit Verpflichtungen der Mitgliedsländer zur Vorratshaltung und gegebenenfalls Nachfragedrosselung und der Schaffung grösserer Markttransparenz durch Aufbau eines umfassenden Informations- und Monitoring-Systems.

Herausforderungen an die internationale Energiepolitik – die vier Kernbereiche

- Krisenvorsorge und Sicherheit der Energieversorgung, der ursprüngliche Gründungsauftrag der IEA
- Die derzeitige Verfassung wichtiger Energiemärkte
- Energie und Umwelt
- Das gewandelte Verhältnis zu den IEA-Nichtmitgliedsländern, sowohl im Zusammenhang mit dem umfassenden Wandel in Osteuropa wie im Verhältnis der Erdölförder- und -verbraucherländer.

«Motiv der Gründung der IEA war die politische Einsicht, dass die Mitgliedsstaaten nur gemeinsam in der Lage sein würden, die wirtschaftlichen und politischen Risiken der Energieversorgung einzudämmen.»

In diesem Kernbereich unserer Aktivitäten haben wir beträchtliche Erfolge erzielt. Der Ölanteil am Gesamtenergieverbrauch, der bei Gründung der IEA noch über 55% gelegen hatte, ist trotz beträchtlicher Ausweitung der Gesamtnachfrage inzwischen auf unter 43% im Gesamtdurchschnitt aller OECD-Staaten zurückgegangen. (Wir müssen allerdings feststellen, und haben dies auch in unserer letzten Länderprüfung kritisch angemerkt, dass die Schweiz mit einem Ölanteil von mehr als 50% deutlich über dem Durchschnitt der IEA-Länder liegt – auch wenn ich die Erfolge Ihrer Diversifizierungsbemühungen, die insbesondere auf den verstärkten Einsatz der Nuklearenergie zurückgehen, durchaus zu würdigen weiss, denn 1973 lag der entsprechende Anteil noch bei fast 80%.)

Das Instrument der Krisenvorsorge hat während der Golfkrise seine praktische Bewährungsprobe bestanden. Wir

haben uns davor gehütet, zu früh zu intervenieren, aber bei Ausbruch des Krieges entschlossen gehandelt. Ich möchte allerdings vor der Illusion warnen, dass wir damit einen allgemein gültigen Leitfaden zur Bewältigung von Krisensituationen zur Verfügung haben. Jede Krise hat ihre eigenen Spezifika, auf die es angepasst und mit Augenmerk zu reagieren gilt.

Die energiepolitische Zusammenarbeit im Rahmen der IEA ging aber von Anfang an über den Ölbereich hinaus. Sie war und ist gerichtet auf eine umfassende langfristige Zusammenarbeit. Es ist verblüffend zu sehen, von welcher Aktualität die einzelnen Kernelemente unverändert sind, nämlich:

- rationelle Energieverwendung;
- beschleunigte Entwicklung alternativer Energiequellen. Alternativ, das ist im Sprachgebrauch der IEA Ersetzung von Öl durch andere Energieträger und beschränkt sich nicht auf die heute überwiegend verwandte engere Bedeutung von alternativen gleich regenerativen Energien. Für uns steht daher alternativ gleichbedeutend mit Diversifizierung;
- Zusammenarbeit im Bereich der Energieforschung und -entwicklung: Seit 1975 sind mehr als 200 gemeinsame Forschungsprojekte begonnen worden. Unsere sogenannten Implementing Agreements – derzeit 36 – sind ein guter Ansatz, um gemeinsame Forschungsinteressen einzelner oder aller IEA-Mitglieder unter dem Dach der IEA zu optimieren. Die umfassenden Themenbereiche spiegeln die gesamte Breite des energiewirtschaftlichen Spektrums und reichen von Energieeffizienz im Gebäude- und Industriesektor über erneuerbare Technologien bis hin zu festen Brennstoffen, Kernfusion und Datenaustausch.

Auch in der Verwirklichung des langfristigen Programms ist die IEA erfolgreich gewesen. Der entscheidende Schlüssel zu diesem Erfolg ist in meiner Wertung die gemeinsame Grundüberzeugung unserer Mitgliedstaaten, dass die definierten Ziele wichtige und richtige Orientierungen sind und dass im nationalen, aber auch im gemeinsamen Interesse alle Anstrengungen unternommen werden sollten, auf diesem Weg voranzugehen und weitere Fortschritte zu erzielen.

Diese Grundüberzeugung – und gleichzeitig Offenheit und Dynamik im Angehen neuer Problemfelder – ist heute mehr denn je gefordert. Die energiepolitische Zusammenarbeit kann nicht losgelöst betrachtet werden, von dem sich zum Teil dramatisch verändernden politischen Umfeld. Ich nenne nur die Stichworte:

- Energie und Umwelt, insbesondere Gefahr einer globalen Klimaveränderung;
- die massiven Umwälzungen, die sich in der früheren UdSSR und den Ländern Mittel- und Osteuropas vollzogen haben;
- das gewandelte Verhältnis zwischen den Ölproduzenten- und den Ölverbraucherländern, am besten dokumentiert durch den Beginn von gemeinsamen Diskussionen zwischen Produzenten- und Verbraucherländern in Paris 1991, im Rahmen der IEA im Februar 1992 und zuletzt in Bergen im Sommer dieses Jahres.

In meiner Sicht sind die klassischen Gründungsaufgaben der IEA, nämlich Sicherung der Ölversorgung und Diversifizierung, unverändert wichtig und richtig. Sie erhalten neue Dimensionen durch die Globalisierung der Märkte und den Rückgang des Nachfrageanteils des Öls an der Weltenergienachfrage. Aber gerade wenn die IEA ihre Aufgabe als Service-Einrichtung der Industrieländer wahrnehmen soll, muss ihr Horizont und ihre Aktivität erweitert werden. Die gegenwärtige Herausforderung besteht daher darin, auf die oben skizzierten neuen Entwicklungen sachgerecht und zeitgemäss zu reagieren. Lassen Sie mich dazu einige Anmerkungen machen.

Umwelt

Zunächst der Umweltbereich: Die Energieversorgung zugleich wirtschaftlich effizient und umweltschonend zu gestalten, ist in meiner Sicht eine der grössten Herausforderungen, vor die wir uns weltweit gestellt sehen. Energieerzeugung und Bereitstellung von Energiedienstleistungen haben immer Auswirkungen auf die Umwelt gehabt. Die Diskussion der Vergangenheit war aber primär auf klassische Schadstoffe und eher lokale oder regionale Probleme konzentriert. Beeinträchtigung der Luftqualität, Waldsterben, saurer Regen waren die Stichworte der umweltpolitischen Debatten. Bei der Eindämmung und Reduzierung dieser sogenannten klassischen Umweltschadstoffe sind beträchtliche Anstrengungen unternommen und sehr vorzeigbare Erfolge erzielt worden. Ich denke zum Beispiel an die internationalen Übereinkommen zur Luftreinhaltung und an strikte nationale Reduktionsmassnahmen, zum Beispiel im Bereich der Stromerzeugung auf Basis fossiler Energien.

Die jetzige umweltpolitische Diskussion ist dagegen dominiert vom Thema CO_2 und den Gefahren weltweiter Klimaveränderungen. Das Risiko des sogenannten Treibhauseffekts ist – anders als das Problem konventioneller Schadstoffe – nicht ein regionales oder ein nationales Problem, sondern eine globale Herausforderung. Anders als im Bereich der konventionellen Schadstoffe sind für CO_2 derzeit auch keine technisch und wirtschaftlich einsetzbaren Rückhaltetechniken verfügbar. Das CO_2-Problem verlangt daher internationale Kooperation. Angesichts der Globalität der Probleme im Bereich der Klimavorsorge kann kein Land allein effiziente Strategien anwenden. Effektive Lösungen sind nur durch internationale Kooperation erreichbar.

Die Annahme einer internationalen Rahmenkonvention durch die UNCED-Konferenz in Rio im Juni 1992 zeigt,

Mitwirkung der IEA an der UNCED-Konferenz von Rio

Die IEA hat an den Vorarbeiten für die Konferenz aktiv teilgenommen und ist bereit, sich auch beim Follow-up dieser Konferenz aktiv zu engagieren. Ich habe in meiner Rede vor der Konferenz drei Kernbereiche politischer Entscheidungen genannt:

- Die Erreichung der Umweltziele ist nur möglich, wenn die Stärke der Marktkräfte sich entfalten kann und ihr Wirken nicht behindert wird.
- Den Teilnehmerländern muss der Spielraum und die Möglichkeit zur Entwicklung eigener, auf ihrer besonderen Situation aufbauender Strategien bleiben. Nicht Identität der Verpflichtungen ist entscheidend, sondern Vergleichbarkeit der Beiträge. Wir dürfen nicht zurückfallen in eine «Beggar-my-neighbour»-Strategie; die Einführung von neuen Handelsbeschränkungen kann keine Lösung sein.
- Wenn wir erfolgreich und kosteneffizient Umweltpolitik entwickeln wollen, brauchen wir die Mitarbeit aller Länder.

Dem Energiesektor, auf den mehr als die Hälfte der globalen CO_2-Emissionen entfallen, kommt bei der Lösung der Klimaprobleme eine Schlüsselstellung zu. Die IEA ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Lösungsansätzen mitzuwirken. In meiner Rede in Rio habe ich dazu für die IEA drei konkrete Angebote gemacht:

- freier Austausch der Informationen und Expertise der IEA,
- Zugang zu dem IEA/OECD-Technologieaustauschsystem, und schliesslich
- die Möglichkeit, bei dem Aufbau einer internationalen Überprüfungsmethode im Umweltbereich auf die Erfahrung der IEA im Bereich der energiepolitischen Länderprüfungen zurückzugreifen.

dass grundsätzlich die politische Bereitschaft aller betroffenen Staaten, der Industrieländer, ebenso wie der Entwicklungsländer zu gemeinsamem Handeln besteht – auch wenn über das Ausmass der notwendigen CO_2-Reduzierung und über die einzusetzenden Mittel durchaus beträchtliche Auffassungsunterschiede bestehen. Gut Ding will Weile haben.

Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedsländern

Auch in der Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedsländern eröffnen sich neue Diskussionen. Unsere modellhaften Berechnungen zeigen, dass der Energieverbrauch ausserhalb des IEA-Bereiches mit weit grösserer Dynamik wachsen wird als im Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Bereits jetzt entfällt auf die IEA-Länder trotz ihrer wirtschaftlich dominierenden Position weniger als die Hälfte des Weltenergieverbrauchs. Diese Wende hat sich erstmals 1983 vollzogen und seitdem kontinuierlich in der Tendenz fortgesetzt. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedsländern ist derzeit ein zentrales Thema der politischen Diskussion. Ich möchte hier auf zwei Bereiche besonders eingehen, die Beziehungen zwischen Ölproduzenten- und Ölverbraucherländern und auf die derzeitigen Umwälzungen in den Ländern Osteuropas und der früheren Sowjetunion.

«Bereits jetzt entfällt auf die IEA-Länder trotz ihrer wirtschaftlich dominierenden Position weniger als die Hälfte des Weltenergieverbrauchs.»

In den Beziehungen mit den Ölförderländern ist eine bedeutsame Klimaveränderung eingetreten. Die ursprüngliche Haltung der Konfrontation, wie sie bei Gründung der IEA vorherrschte, ist einer gewachsenen Bereitschaft zum Dialog gewichen. Mit ihrem Expertentreffen vom Februar diesen Jahres hat sich die IEA aktiv in diesen Dialog eingeschaltet. Ich bin der Auffassung, dass die Kontakte zwischen allen Marktteilnehmern zur Förderung von Kommunikation und gegenseitigem Verständnis ausgebaut werden sollten. Grössere Markttransparenz hat positive Rückwirkungen auf ein besseres Funktionieren der Märkte, und ist deshalb ein wichtiges Thema des Dialogs mit den Förderstaaten. Preisniveau und Mengenabsprachen sind dagegen unverändert keine Themen der Diskussion, denn der Markt ist, wie es auch das Kommuniqué der Ministerratssitzung vom Juni 1991 ausdrücklich bestätigt, der beste Allokator von Ressourcen. Preisabsprachen zwischen Erzeugern und Verbrauchern haben das gewünschte Ergebnis nie erzielen können und letztlich nur die Marktunsicherheit erhöht.

Auch in wichtigen Förderländern setzt sich mehr und mehr die Einsicht durch, die Erfahrungen der Vergangenheit – nämlich die Stärke des Marktes und die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums – nicht zu vernachlässigen. Politische Konferenzen können meines Erachtens zur Verbesserung der internationalen Atmosphäre beitragen, nicht aber technische Lösungen für industrielle Zusammenarbeit etablieren.

Ich komme damit zu dem zweiten Bereich in den Beziehungen zu Nicht-Mitgliedsländern, der uns derzeit entscheidend beschäftigt: Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Staaten der früheren Sowjetunion.

Diese Zusammenarbeit muss notwendigerweise eine breite Basis haben: Die Länder Osteuropas sehen sich gravierenden Umwelt- und Versorgungsproblemen gegenüber. In dieser Situation erwarten sie Hilfe. Die IEA kann nicht, wie andere internationale Organisationen, finanzielle Hilfe leisten. Die IEA kann aber diese Länder in ihren Bestrebungen um die Neuordnung ihrer Energiesysteme unterstützen. Wichtigstes Instrument dafür ist der Informationsaustausch zwischen IEA-Ländern und Nicht-Mitgliedsstaaten. Die IEA verfügt über eine reichhaltige, mehr als 16jährige Erfahrung, aufgrund der Überprüfung der Energiepolitiken ihrer Mitgliedsländer, die entscheidende Hilfestellung bei der Umstrukturierung der Energiewirtschaften leisten kann. Auch wenn die Ausgangslage von Land zu Land unterschiedlich ist, lassen sich grundlegende gemeinsame Ansatzpunkte für diesen Prozess definieren, denn die Problemlage, der wir uns in diesen Ländern gegenübersehen, ist weitgehend die gleiche. Problembereiche von unmittelbarer Relevanz für alle Länder sind die extrem hohe Umweltbelastung und ein im internationalen Vergleich sehr niedriger Massstab der Energieeffizienz. Ein entscheidender Mangel in den Ländern Mittel- und Osteuropas ist das Fehlen adäquater Industriestrukturen und vor allem ein immer noch niedriger Preislevel. Die Länder Mittel- und Osteuropas benötigen etwa doppelt so viel Energie zur Produktion einer Einheit des Bruttosozialprodukts wie die Länder der OECD: Ineffizienzen bestehen in allen Stufen, von der Produktion über die Verteilung bis zur Energieanwendung.

«Die Länder Mittel- und Osteuropas benötigen etwa doppelt so viel Energie zur Produktion einer Einheit des Bruttosozialprodukts wie die Länder der OECD: Ineffizienzen bestehen in allen Stufen, von der Produktion über die Verteilung bis zur Energieanwendung.»

Ich sehe eine besondere energiepolitische Herausforderung darin, das beträchtliche Potential zur Effizienzsteigerung zu erschliessen und gleichzeitig die hohe Umweltbelastung zurückzuführen. Wir bemühen uns, bei der Bewältigung dieser Herausforderung Hilfestellung zu leisten. So haben wir für Polen, Ungarn, die CSFR (und in einem eingeschränkteren Grade auch für Rumänien) Bestandesaufnahmen der Energiewirtschaft durchgeführt, bei denen wir auf der Basis unseres erprobten Instruments der Länderprüfung und unter Einbeziehung internationaler Experten die Stärken und Schwächen des Energiesektors dieser Länder, die Umweltsituation und die politischen Rahmenbedingungen analysiert haben und konkrete Politikempfehlungen, zum Beispiel zu Privatisierung, Deregulierung und Preisbildung gegeben haben. Wir haben ferner in gemeinsamen Seminaren mit Experten aus osteuropäischen Ländern den Erfahrungsaustausch intensiviert (im Juni 1991 durch ein Seminar in Berlin über das Management von Kraftwerken und Stromversorgungssystemen, im Herbst 1991 durch eine internationale Konferenz in Wien über den Energiehandel zwischen Ost und West).

Wir spielen eine aktive Rolle im Rahmen der Washingtoner Konferenz zur Koordinierung der internationalen Hil-

fe und Kooperation für die Staaten der früheren Sowjetunion, und wir sind schliesslich, als Follow-up des Wirtschaftsgipfels 1992 in München, zusammen mit der Weltbank beteiligt an den Arbeiten im Bereich der nuklearen Sicherheit in Osteuropa, insbesondere im Hinblick auf alternative Versorgungsstrategien.

Die wichtigsten Energieträger

Lassen Sie mich damit überleiten zu einer kurzen Bestandesaufnahme der wichtigsten Energieträger.

Öl

Unser letzter, 1991 veröffentlichter Ausblick auf die Energieversorgungs- und -verbrauchsentwicklung geht davon aus, dass die OECD-Länder im Jahre 2005 etwa 25% mehr Primärenergie und 10% mehr Öl verbrauchen werden als gegenwärtig, und dass der Verbrauch in den Nicht-Mitgliedsstaaten voraussichtlich in noch weit höherem Mass ansteigen wird. Auch wenn wir derzeit dabei sind, unsere Vorausschau im einzelnen zu aktualisieren und an veränderte Gegebenheiten, insbesondere den wirtschaftlichen Rückgang in den Staaten Osteuropas, anzupassen: an der Kernaussage besteht kein Zweifel: Erdöl wird bis weit in das nächste Jahrhundert unser wichtigster Energieträger bleiben.

«Erdöl wird bis weit in das nächste Jahrhundert unser wichtigster Energieträger bleiben.»

Diese prognostizierte Energiebedarfsentwicklung hat entscheidende Konsequenzen für die Ölversorgung der IEA-Länder. Der sich seit 1986 abzeichnende allmähliche Rückgang der Förderung im OECD-Raum wird voraussichtlich fortdauern. Bei gleichzeitig steigender Ölnachfrage erhöht sich damit zwangsläufig die Ölimportabhängigkeit der OECD-Länder und kann nach unserer Einschätzung in den nächsten zwei Dekaden erneut 70% Abhängigkeit erreichen – ein Niveau, das dem der frühen 70er Jahre entspricht. Zudem ist von einer Fortdauer der Konzentration der Bezüge auf den Nahen Osten und entsprechender Abhängigkeit von dieser Region auszugehen: Gegenwärtig kommen knapp über 25% des weltweiten Ölangebots aus dem Mittleren Osten; im Jahre 2005 dürften es mehr als 40% sein. Zusätzlich entfallen 2/3 der weltweit bestehenden Reserven auf diesen geographischen Raum.

In diesem Kontext: Mengenmässig ist die frühere Sowjetunion ein bedeutender Produzent sowohl für den Ölwie für den Gassektor. Unter Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit können wir allerdings die Augen vor dem Risiko von Lieferausfällen nicht verschliessen.

Diese Überlegungen machen deutlich, dass Sicherung der Versorgung unverändert ein Thema ist – und keinesfalls, wie auch die Golfkrise deutlich gemacht hat, – als «quantité négligeable» betrachtet werden darf.

Kohle

Die Kohle hat unter den konventionellen Energieträgern am meisten zur Diversifizierung des Energieangebots beigetragen. Kohle ist in den OECD-Ländern auch reichlich vorhanden, und ihre Vorkommen sind kostengünstig und sicher. Unsere bisherigen Analysen gehen davon aus, dass der Kohlebedarf bis zum Jahre 2005 in der OECD und in den Nicht-Mitgliedsländern beträchtlich wachsen wird. Allerdings: Ein neuer und ganz entscheidender Parameter für die künftige Rolle der Kohle sind die wachsenden Sorgen um ihre Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere im Hinblick auf CO_2-Emissionen. Ob es gelingen wird, durch technologischen Fortschritt, insbesondere die Entwicklung fortgeschrittener Kohletechnologien, der Kohle ihre bisherige Schlüsselstellung zu erhalten, bleibt abzuwarten.

Gas

Auch das Angebot von Erdgas ist ausreichend diversifiziert und entwikkelt sich zunehmend zu einem universellen und global verfügbaren Energieträger. Erdgas ist im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern eine besonders umweltfreundliche Energiequelle.

«Die Nachfrage nach Gas wird in vielen Ländern nicht zuletzt aus Umweltschutzüberlegungen in der Zukunft deutlich ansteigen.»

Nach unserer Einschätzung wird die Nachfrage in vielen Ländern der OECD und insbesondere auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht zuletzt aus Umweltschutzüberlegungen in der Zukunft deutlich ansteigen.

Wir haben dieser Entwicklung in unserem Arbeitsprogramm für die Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Frage ist insbesondere, ob und inwieweit durch zusätzliche Nachfrage das verfügbare Angebot an Erdgas erschöpft wird und damit langfristig erneut Probleme für die Sicherheit der Energieversorgung auftreten können.

Ein zusätzlicher Berührungspunkt zu diesem Themenbereich der Versorgungssicherheit besteht auch in der von mir bereits angesprochenen Frage einer möglichen Unterbrechung von Gasexporten aus dem Bereich der früheren Sowjetunion, die erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die Gasversorgung Europas, sondern auch auf die Ölversorgung haben könnte, wenn der Ausfall dieser Lieferungen zu höheren Ölnachfrageschüben führt.

Kernenergie

Es gibt wenige energiepolitische Bereiche, die durch so radikale Meinungsgegensätze gekennzeichnet sind wie die Kernenergie. Sie haben ein unmittelbares Anwendungsfeld in Ihrem Lande, wo bei dem Kernenergiereferendum 1990 die Positionen zur Nutzung dieses Energieträgers kontrovers erörtert worden sind.

Die IEA zählt zu ihren Mitgliedern Länder, die entschlossen auf Kernenergie setzen und diesen Energieträger auch in Zukunft noch ausbauen wollen (wie Frankreich und Japan), aber ebenso Länder, die die Kernenergie als Teil ihres Energiemixes ablehnen (wie Dänemark, Österreich, Irland, Australien, Norwegen, Neuseeland) und schliesslich Länder, die in der Vergangenheit auf die Kernenergie gesetzt haben und die Rolle und das Gewicht dieses Energieträgers derzeit einer Neubewertung unterziehen.

Sie in der Schweiz haben sich mit der Mehrheit der Stimmbürger für ein zehnjähriges Moratorium beim Bau neuer Kernkraftwerke entschieden, aber den ebenfalls zur Abstimmung gestellten Antrag auf Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt.

Politisch ist es Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedsstaates, über den optimalen Energiemix auf der Grundlage seiner besonderen Ausgangssituation selbst zu entscheiden. Für die Energieversorgung der IEA-Länder insgesamt – und das hat der letzte IEA-Mini-

sterrat im Juni 1991 ausdrücklich festgestellt – leistet die Kernenergie aber einen unbestritten wichtigen Beitrag. Derzeit werden insgesamt 24% der Elektrizitätsproduktion der IEA-Mitgliedsländer auf Basis der Kernenergie erzeugt, während dieser Anteil 1973 bei lediglich 4,5% lag. Die Kernenergie hat damit in der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung geleistet. Sie hat als emissions- und CO_2-freie Energiequelle auch das Potential, angesichts der umweltpolitischen Herausforderungen der Gegenwart, einen Beitrag zur Bewältigung der globalen Umweltprobleme und zur Stabilisierung der CO_2-Emissionen im Energiebereich zu leisten.

«Die Kernenergie hat als emissions- und CO_2-freie Energiequelle das Potential, einen Beitrag zur Bewältigung der globalen Umweltprobleme und zur Stabilisierung der CO_2-Emissionen im Energiebereich zu leisten.»

Es mag verfrüht und undifferenziert-optimistisch sein, im Rahmen der Treibhausproblematik von einer Renaissance der Kernenergie zu sprechen. Sicher ist allerdings, dass die Optionen im Energiebereich zur Eindämmung des Treibhauseffektes relativ begrenzt sind. Nach heutigem Stand der Technik kommen lediglich Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder die Substitution CO_2-haltiger Energien durch weniger CO_2-haltige oder CO_2-freie Energieträger in Betracht.

Verbesserung der Energieeffizienz

Es kann keine Frage sein, dass nicht nur aus Umweltgründen, sondern bereits aus allgemeinen energiepolitischen Erwägungen alle gegebenen Möglichkeiten der Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz genutzt werden müssen. Allerdings: Ich möchte hier in aller Offenheit auch sagen, dass mit Verbesserung der Energieeffizienz allein sich die Probleme der Energieversorgung nicht lösen lassen. Zwar ist das Thema Energieeinsparen und Verbesserung der Energieeffizienz ein Bereich, zu dem im Grundsatz Konsens zwischen allen Betroffenen besteht. Ich wünsche mir jedoch häufig mehr Realismus und Professionalität in diesem Bereich. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass viele der Analysen mit sehr ehrgeizigen Reduktionszielen von unrealistischen Ansätzen ausgehen und eher durch Wunschvorstellungen als durch die Wirklichkeit geprägt sind.

Die Erfolge der Energieeffizienz in der Vergangenheit sind unbestreitbar, aber die Wirkungszusammenhänge komplexer als von manchen politischen Propheten angenommen und sicherlich nicht nur eine Funktion höherer Energiepreise. Ich plädiere dafür, die Energieeinsparpotentiale Sektor für Sektor zu betrachten und vor diesem Hintergrund über den Einsatz von Instrumenten zur bestmöglichen Erschliessung der Potentiale zu entscheiden. Staatliche Dauersubventionen zur Förderung der Energieeinsparung sind dabei sicherlich kein Allheilmittel.

Ich komme zu meinem Ausgangspunkt zurück: Unbeschadet der Bemühungen in Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz muss ein wesentlicher Anteil der CO_2-Emissionsreduzierung durch Substitution geleistet werden. Als CO_2-freie Substitutionsenergien kommen lediglich Kernenergie und Wasserkraft in Betracht. Die Wasserkraft hat in den meisten unserer Mitgliedsländer nur noch ein begrenztes Ausbaupotential. Die Kernenergie ist demgegenüber eine jetzt verfügbare, im grosstechnischen Massstab einsetzbare, CO_2-freie Energieform. Ich gehe dabei davon aus, dass äusserste Anstrengungen zur Schaffung und Erhaltung eines hohen Sicherheitsstandards unternommen werden. Dies ist gegenwärtig zwar für alle unsere westlichen Kernkraftwerke der Fall, kann aber leider nicht von denjenigen Kraftwerken gesagt werden, die sich in Mittel- und Osteuropa befinden, oft in unmittelbarer Nähe und im räumlichen Einwirkungsbereich der IEA-Mitgliedsländer.

«Nicht nur aus Umweltgründen, sondern bereits aus allgemeinen energiepolitischen Erwägungen müssen alle gegebenen Möglichkeiten der Energieeinsparung und Verbesserung der Energieeffizienz genutzt werden. – Allerdings: Mit Verbesserung der Energieeffizienz allein lassen sich die Probleme der Energieversorgung nicht lösen.»

«Ich sehe die Notwendigkeit für einen wachsenden Beitrag erneuerbarer Energiequellen zum Energiemix der Zukunft; ich sehe allerdings derzeit mittelfristig ein nur begrenztes Nutzungspotential.»

Auch hier sehe ich eine besondere Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft, und die IEA ist aktiv involviert in dem Bemühen, die hier bestehenden Risiken zu vermindern, entweder durch Erhöhung des gegebenen Sicherheitsniveaus oder durch Erarbeitung alternativer Versorgungsstrukturen.

Regenerative Energien

Die Diskussion um eine verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien nimmt in der politischen Diskussion einen hohen Stellenwert ein, und in der Tat besitzen diese Energien unter Umweltgesichtspunkten und Aspekten der Versorgungssicherheit unbestreitbare Vorzüge. Aber auch hier sollten wir realistisch sein. Die wichtigste erneuerbare Energiequelle ist derzeit die Wasserkraft, die ja auch als Basis der schweizerischen Elektrizitätserzeugung eine herausragende Rolle spielt. Allerdings: Für die meisten OECD-Länder gilt, dass ihr Ausbau als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden muss. Das technisch mögliche und zugleich wirtschaftliche Potential für einen Ausbau über den derzeitigen Nutzungsgrad hinaus ist gering, und ein weiterer Ausbau stösst auf massive Akzeptanzprobleme. Anders als bei der Kernenergie ist es hier weniger die Sicherheit der Anla-

gen, die den Widerstand auslöst, sondern Gesichtspunkte von Landschaftsschutz und Umweltverträglichkeit; die Opposition formiert sich jedoch nicht weniger entschlossen (und häufig mit den gleichen Stimmen).

Aus verstärkter Nutzung regenerativer Energien kann daher nur dann ein signifikanter Versorgungsbeitrag erwartet werden, wenn es gelingt, andere Energiequellen zu mobilisieren; und hier ist die ungeschminkte wirtschaftliche Realität, dass für viele der anderen erneuerbaren Energiequellen, die zur

«Ich möchte Sie einladen, Ihre bereits bestehenden Aktivitäten zur Förderung der erneuerbaren Energien fortzusetzen und möglichst zu verstärken.»

Zeit etwa 1% der gesamten Stromerzeugungskapazität des OECD-Raumes darstellen, die Schwelle der Wirtschaftlichkeit noch nicht erreicht ist.

Ich teile allerdings die Auffassung, dass besondere Anstrengungen für eine Förderung und Beschleunigung der Marktreife dieser Energieträger unternommen werden sollten. Dies kann nur in gemeinsamer Zusammenarbeit von Regierungen, Wissenschaft und Wirtschaft erfolgen. Es ist sicher Aufgabe der Regierungen, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und gegebenenfalls «incentives» zu geben. Allerdings: Diese staatlichen Fördermassnahmen sollten zeitlich begrenzt und möglichst konkret auf die Heranführung dieser Technologien an die Marktreife ausgerichtet sein; staatliche Dauersubventionen sind auch in diesem Bereich der falsche Weg.

Es ist aber in meiner Wertung auch ein besonderer Verantwortungsbereich der Industrie, diesen Technologien eine echte Chance in der Anwendung zu geben. Die Elektrizitätswirtschaft ist hier in besonderer Weise gefordert. Ich möchte Sie einladen, Ihre bereits bestehenden Aktivitäten zur Förderung der erneuerbaren Energien fortzusetzen und möglichst zu verstärken. Entwicklungsanstrengungen, Betrieb weiterer Pilotanlagen, Beratung Ihrer Kunden oder entsprechende Tarifgestaltung: der Handlungsmöglichkeiten sind viele.

In Summe: Ich sehe die Notwendigkeit für einen wachsenden Beitrag erneuerbarer Energiequellen zum Energiemix der Zukunft; ich sehe allerdings derzeit mittelfristig ein nur begrenztes Nutzungspotential.

Energiepolitische Fragestellungen und Herausforderungen im Bereich der Elektrizitätswirtschaft

Ich komme damit zum dritten Teil meiner Ausführungen. Die Elektrizität hat eine besondere Stellung in der modernen Industriegesellschaft. Sie ist Motor des wirtschaftlichen Wachstums und zunehmend Ausdruck auch von gesteigerter Lebensqualität. Ihre Anwendungsformen sind im Laufe der Jahre zunehmend vielfältiger geworden und kontinuierlich in der Expansion begriffen, sowohl im Bereich der modernen industriellen Fertigungsprozesse wie im Bereich der privaten Haushalte und der Freizeitgesellschaft. Über Jahrzehnte hinweg ist der Elektrizitätssektor derjenige Energiebereich gewesen, der am dynamischsten gewachsen ist. Wir haben zwar als Ergebnis einer entschlossenen Politik der Energieeffizienz und der Energieeinsparung seit 1973 einen Rückgang der Gesamtenergieintensität in den OECD-Ländern zu verzeichnen. Die Intensität des Elektrizitätsverbrauchs, gemessen an dem Elektrizitätsverbrauch pro Einheit des Bruttosozialprodukts, hat aber seit 1973 deutlich zugenommen. Unsere Projektionen und Berechnungen zeigen, dass dieser Trend sich auch in der mittelfristigen Zukunft, bis 2005 und vermutlich auch darüber hinaus, noch fortsetzen wird.

Schlagwortartig lassen sich die Erfolge im Bereich der Einsparungen und die zunehmende Ausweitung der Anwendung zusammenfassen mit: «Immer weniger Stromverbrauch je Anwendung, aber immer mehr Anwendungen für den Strom».

Die IEA hat gerade eine umfassende Studie zum Elektrizitätssektor veröffentlicht: Electricity Supply in the OECD 1992, mit einer eingehenden Darstellung der Entwicklung von Elektrizitätsnachfrage und Bedarfsdeckung und mit Handlungsempfehlungen an die Regierungen, speziell zu stärkerer Einführung von Wettbewerbselementen, Verbreiterung der Diversifizierung, Schaffung von mehr Versorgungssicherheit, grösserer Transparenz der Preisbildung und sachgerechten Preisbildungsprinzipien, Abbau von Handelshemmnissen und Subventionen bei den eingesetzten Energieträgern; Verstärkung der Energieeffizienz.

Diese Stichworte, meine Damen und Herren, sind Ihnen aus der allgemeinen energiepolitischen Diskussion bekannt. Hier wie dort ist die zentrale Aufgabe die gleiche: eine wachsende Nachfrage unter den gegebenen politischen Vorgaben zu erfüllen. Während diese Aufgabenstellung in der Vergangenheit relativ unproblematisch verstanden werden konnte, als sichere und zuverlässige Elektrizitätsversorgung zu kostengünstigen Preisen, ist die Situation in der Gegenwart differenzierter. Die politischen Vorgaben und Anforderungen sind komplexer geworden. Neben die allgemein anerkannten und auch von der betroffenen Wirtschaft im Grundsatz akzeptierten Prinzipien umweltverträglicher und effizienter Energieversorgung sind zunehmend Forderungen nach stärkerer Einführung von Wettbewerbselementen getreten, die bei den unmittelbar Betroffenen häufig eine zwiespältige Reaktion auslösen. Wettbewerb: im Prinzip ja, aber angesichts der Besonderheiten der leitungsgebundenen Energieversorgung im Ergebnis nein!

Ich habe meine Zweifel, ob dies eine tragfähige und sinnvolle Position ist. Es ist zutreffend, dass der Bereich der leitungsgebundenen Energien im allgemeinen und die Elektrizitätswirtschaft im besonderen in der Vergangenheit weltweit durch einen weitgehenden Ausschluss des Wettbewerbs und durch Versorgungsmonopole gekennzeichnet waren. Erzeugung und Verteilung lagen regelmässig in der Hand integrierter Versorgungsunternehmen, die ebenso regelmässig über ein vertraglich oder

«Ich meine, es sei Zeit, diese Strukturen zu überdenken.»

gesetzlich gesichertes ausschliessliches Absatzgebiet verfügten. Ich gebe gern zu, dass Ihre schweizerische Struktur, verglichen mit anderen Ländern, die durch Dominanz eines einzigen Staatsunternehmens gekennzeichnet sind, eine relative Vielfalt und Pluralität aufweist. Eines ist allerdings unbestreitbar: In diesem klassischen System vertikaler integrierter Versorgungsunternehmen mit gesicherten Absatzmärkten ist innerhalb eines Versorgungsgebiets ein Wettbewerb um Kunden grundsätzlich nicht vorgesehen, sei dieses System nun zentralistisch ausgerichtet oder pluralistisch aufgelockert.

Ich meine, es sei Zeit, diese Strukturen zu überdenken. Ich bin mir der Besonderheiten, insbesondere der Elektrizitätserzeugung und -versorgung, bewusst. Eine effiziente Versorgung mit Strom gehört zu den wichtigsten Leistungen, die von der Infrastruktur einer modernen Volkswirtschaft erwartet werden. Eine wichtige Qualifikation dieser Versorgung mit Elektrizität – verglichen mit anderen Wirtschaftsbereichen – besteht dabei darin, dass ein nicht speicherbares und nicht lagerfähiges Gut jederzeit abrufbar in ausreichender Menge zur Verfügung gehalten werden muss.

Diese Ausgangslage erklärt, warum der Elektrizitätssektor in besonderem Mass im Blickpunkt des staatlichen Interesses steht. Sie begründet aber in meiner Wertung nicht überzeugend, dass Elektrizitätserzeugung und Versorgung mit Elektrizität den Marktgesetzen und dem Wettbewerb entzogen werden müssen. Ich fühle mich in diesem Denkansatz bestärkt durch einen zunehmend festzustellenden Trend in wichtigen IEA-Ländern in Richtung auf mehr Wettbewerb. Wichtigster Ansatzpunkt dieser Reformen ist die organisatorische Trennung von Erzeugung einerseits und Transport/Verteilung andererseits, mit denen der Wettbewerb auf Erzeugerebene eröffnet werden soll und der sogenannte unmittelbare Zugang auch Dritter zum Versorgungsnetz. Ich bin sicher, dass Sie diese Entwicklungen jenseits Ihrer Grenzen sehr aufmerksam verfolgen.

«Ich plädiere nachdrücklich dafür, dem Wettbewerb auch im Elektrizitätssektor eine stärkere Rolle zu geben.»

Den ersten und bisher umfassendsten Schritt in Richtung auf Auflösung der integrierten Struktur hat Grossbritannien getan. Ich kann angesichts der Publizität, die die Umstrukturierung und Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft in Grossbritannien erfahren hat, darauf verzichten, die Details dieser Reform vor diesem Gremium noch einmal darzustellen.

Grossbritannien steht dabei keineswegs allein; auch eine Reihe anderer IEA-Länder hat Reformansätze für den Elektrizitätssektor entweder bereits vollzogen oder zumindest konzipiert. Ich nenne im europäischen Rahmen vor allem die Niederlande, Norwegen, Schweden und Portugal. Im pazifischen Raum haben Neuseeland und Australien eine Vorreiterrolle übernommen. Aber auch die energiepolitische Entwicklung in den USA zeigt einen deutlichen Trend in Richtung auf eine verstärkte Rolle unabhängiger Produzenten und eine Öffnung zumindest der Grosshandelsebene für mehr Wettbewerb. Last but not least gehören in diesen Zusammenhang die Pläne der EG-Kommission für einen gemeinsamen Binnenmarkt im Energiesektor. Ich beziehe mich speziell auf die im Januar 1992 vorgelegten Vorschläge für die sogenannte zweite Phase der Marktöffnung, die als Kernelement grössere Transparenz in vertikal integrierten Unternehmen durch Trennung von Produktion, Übertragung und Verteilung vorsehen sowie die Eröffnung eines begrenzten unmittelbaren Zugangs Dritter zum Netz unter bestimmten Konditionen. Die gemeinschaftsinternen Beratungen sind noch nicht abgeschlossen (und kontrovers). Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mich daher hier nicht im einzelnen zur Ausgestaltung äussern möchte.

Die Internationale Energie-Agentur (IEA) hat gerade eine umfassende Untersuchung darüber abgeschlossen, welche Rolle die Regierungen ihrer Mitgliedsländer in der Gestaltung der Energiepolitik spielen: «The role of Governments in Energy». Diese umfassende faktische Untersuchung, die für den gesamten Energiebereich aller IEA-Mitgliedsländer die staatlichen Eingriffe Land für Land auflistet und sie in einem allgemeinen Überblick gewichtet und in ihrem Trend darstellt, kommt zu einem bemerkenswerten Ergebnis: Zwar ist der Energiesektor in keinem IEA-Land ausschliesslich den Marktkräften überlassen. Kein IEA-Mitgliedsstaat behandelt den Energiesektor wie einen «normalen» Wirtschaftszweig. Die Gründe dafür sind einleuchtend: Die strategische Bedeutung des Energiesektors als Schlüsselbereich der Volkswirtschaft, die Sicherung verlässlicher Versorgung mit Energie zu kostengünstigen und wettbewerbsfähigen Preisen, die Wechselwirkung zwischen Energie- und Umweltpolitik und die Umsetzung der im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitiken definierten Politikziele im Energiebereich, die regionale und soziale Ausstrahlungswirkung der Energiepolitik; die Zielsetzung, mit staatlichen Regulierungen ein Gegengewicht gegenüber den in vielen Bereichen bestehenden Monopolsituationen im Energiebereich zu bilden und nicht zuletzt das überragende öffentliche Interesse an einem sicheren Betrieb der Energieversorgungsanlagen, wie es insbesondere im Kernkraftwerksektor deutlich wird. Festzuhalten ist aber, dass für alle IEA-Länder in der jüngeren Vergangenheit – seit Mitte der achtziger Jahre – ein signifikanter Wandel im Energiesektor in Richtung auf Liberalisierung und Öffnung für Marktkräfte festzustellen ist. Das Ausmass dieser Deregulierung und Liberalisierung ist von Land zu Land unterschiedlich. In einzelnen Ländern, wie zum Beispiel in Grossbritannien, Kanada oder Neuseeland haben sich umfassende strukturelle Reformen vollzogen; in anderen Ländern ist diese Entwicklung behutsamer gewesen oder auf Teilbereiche des Energiesektors beschränkt. Gleichwohl ist als Ergebnis dieses länderübergreifenden Vergleiches festzuhalten, dass seit dem letzten Jahrzehnt das Ausmass staatlichen Einflusses im Energiesektor zunehmend rückläufig ist.

«Für alle IEA-Länder ist in der jüngeren Vergangenheit ein signifikanter Wandel im Energiesektor in Richtung auf Liberalisierung und Öffnung für Marktkräfte festzustellen.»

Vor diesem Hintergrund ist die zunehmende Kritik an der monopolistischen Versorgungsstruktur der Elektrizitätswirtschaft, wie sie in der Diskussion immer wieder aufflammt, sicherlich ernstzunehmen. Ich will hier nicht einem bestimmten Wettbewerbs- oder Strukturmodell für den Elektrizitätssektor das Wort reden. Ich plädiere aber nachdrücklich dafür, dem Wettbewerb auch im Elektrizitätssektor eine stärkere Rolle zu geben und fühle mich dabei bestärkt durch den Strukturwandel, der sich bei weltweiter Betrachtung unübersehbar nicht nur im Energiesektor allgemein, sondern auch im Elektrizitätssektor speziell bereits vollzogen hat. Ich bin im Ergebnis der Meinung, dass die allgemein anerkannten Ziele der Energieversorgung, insbesondere die Versorgungssicherheit, auch auf andere Weise als durch Ausschluss des Wett-

bewerbs, zum Beispiel durch Vorgaben oder Auflagen, sichergestellt werden können.

Eine Umgestaltung wird nicht von heute auf morgen möglich sein und bedarf einer Reform mit Augenmass. Es gilt, eine sachgerechte Balance zwischen dem Vertrauen auf Marktkräfte einerseits und staatlichen Vorgaben und Eingriffen andererseits zu finden. Es gilt aber auch, diese einmal gefundene Balance dann klar zu definieren und verlässlich zu implementieren. Verlässliche Rahmenbedingungen sind in meiner Wertung eine unerlässliche Vorbedingung unternehmerischen Handelns, und unternehmerisches Handeln ist gefordert zur Bewältigung der anstehenden energiepolitischen Probleme der Gegenwart und insbesondere im Bereich der Elektrizitätswirtschaft in Ihrem Land.

«In der gegebenen Kapazitätssituation und Versorgungslage im Elektrizitätsbereich der Schweiz sehen wir Anlass zur Sorge: Ohne die bestehenden Importverträge wäre eine Bedarfsdeckung im Elektrizitätssektor nicht gesichert ...»

Wir haben in unserer letzten Länderprüfung der Schweiz keinen Hehl daraus gemacht, dass wir in der gegebenen Kapazitätssituation und Versorgungslage im Elektrizitätsbereich Anlass zur Sorge sehen: Ohne die bestehenden Importverträge wäre eine Bedarfsdeckung im Elektrizitätssektor nicht gesichert und eine zusätzliche, zumindest saisonale Verwundbarkeit ergibt sich aus dem hohen Anteil der Wasserkraft, auch wenn die Schweiz im Ergebnis unverändert Netto-Exporteur ist.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Aus der Sicht der IEA ist eine langfristige Absicherung der Versorgung auf der Basis verlässlicher Verträge unter Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit eine nicht minder wertvolle Option als die Eigenerzeugung – auch wenn traditionell die verbrauchsnahe Erzeugung von Elektrizität unter praktischen Gesichtspunkten als vorteilhaft bewertet wird. Von daher können auch Importverträge ein wichtiger Teil des Energiemixes im Stromsektor sein – ebenso wie sie es bei der Beschaffung der Primärenergie für die meisten IEA-Mitgliedsländer sind. Ich frage mich allerdings, wo die Konsistenz und Konsequenz für ein Verhalten liegt, das im eigenen Lande auf den Ausbau der Kernenergie verzichtet, und die dadurch entstandenen Deckungslücken durch den Import von Strom schliessen will, der zum überwiegenden Teil aus eben dieser Energiequelle produziert wird. Dies erscheint mir als neue Anwendungsform des altbekannten St.-Florians-Prinzips und nicht als tauglicher Ansatz für zukunftsgerechte Lösungen.

Gleichwohl: Die Aufgabe und Herausforderung für Sie als Elektrizitätswirtschaft besteht darin, Ihren Versorgungsauftrag in dem politisch vorgegebenen Rahmen und im gegenwärtigen Umfeld durchzuführen. Technischer und ökonomischer Sachverstand sind dabei ebenso gefragt wie Phantasie, psychologisches Einfühlungsvermögen, Motivation und Beharrlichkeit. Es gilt, alle realistischen Möglichkeiten für neue und moderne Versorgungsstrategien entschlossen zu nutzen: Fortschritte bei der weiteren Effizienzverbesserung, sowohl im Erzeugungs- wie im Anwendungsbereich, und entschiedenes Vorantreiben wirtschaftlicher Nutzungsformen für regenerative Energien sind zwei Stichworte von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang.

«Ich frage mich , wo die Konsistenz und Konsequenz für ein Verhalten liegt, das im eigenen Lande auf den Ausbau der Kernenergie verzichtet, und die dadurch entstandenen Deckungslücken durch den Import von Strom schliessen will, der zum überwiegenden Teil aus eben dieser Energiequelle produziert wird.»

Im nationalen Bereich steckt das Aktionsprogramm «Energie 2000» den Handlungsrahmen für Sie ab; für den internationalen Bereich habe ich Ihnen einige der Herausforderungen skizziert, die aus meiner Sicht die Gegenwart prägen. Ich möchte abschliessend die zentralen Elemente aus Sicht der IEA nochmals zusammenfassen:

«Die Schweiz ist im Gesamtkonzert der IEA-Länder zwar ein kleiner, aber marktwirtschaftlich und wirtschaftspolitisch wichtiger Mitgliedstaat, auf den die übrigen Mitgliedstaaten, grosse wie kleine, aufmerksam hören.»

- Eine ausreichende Energieversorgung bleibt weltweit eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität und individuellen Wohlstand.
- Eine gesicherte Energieversorgung muss möglichst umweltschonend möglich gemacht werden. Dazu ist abgestimmtes Handeln auf internationaler Ebene erforderlich.
- Die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen ist eine wichtige Vorbedingung für erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Bei der Gestaltung des Ordnungsrahmens ist eine sachgerechte Balance zwischen dem Vertrauen auf Marktkräfte einerseits und staatlichen Vorgaben und Eingriffen andererseits zu finden.
- Eine rationelle Energieversorgung ist eine der wichtigsten, aber nicht die einzige Lösungsstrategie für die anstehenden Probleme.
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit, insbesondere der Transfer von Know-how und Erfahrung der IEA-Mitgliedsländer in Drittländer, ist angesichts der derzeitigen weltwirtschaftlichen Umwälzungen von zunehmender Bedeutung.

Ihrem Land kommt in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu: Die Schweiz ist im Gesamtkonzert der IEA-Länder zwar ein kleiner Mitgliedstaat, aber ein Land mit sehr solider Wirtschaftskraft. Die Schweiz ist ein marktwirtschaftlich und wirtschaftspolitisch wichtiger Mitgliedstaat, auf den die übrigen Mitgliedstaaten, grosse wie kleine, aufmerksam hören.